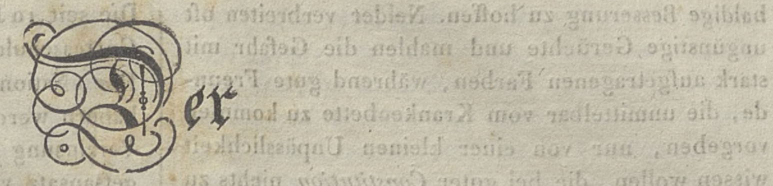
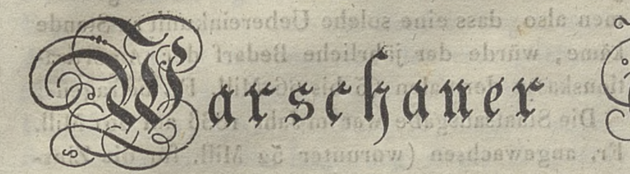
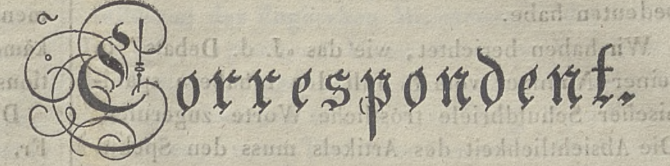
N^RO 55.

MONTAG DEN 28. JULI 1834.







Von dieser Zeitung erscheinen wöchentlich zwey Nummern, Montag und Donnerstag Mittag. Monatlicher Pränumerationspreis im Orte 3 Gulden poln. Auswärtige können auf allen Postämtern und Poststationen vierteljährig für 12 Gulden 18 gr. poln. pränumeriren.

INLÆNDISCHE NACHRICHTEN.

St. Petersburg den 12 Juli. Das *Journal de St. Petersbourg* widerlegt die Bemerkungen des Journal des Débats in Bezug auf den Ukas über den Aufenthalt der Russen im Auslande. Es heisst darin unter Anderem: «Das Journal des Débats sagt, der Ukas vom 22. April d. J. verbietet den Russischen Unterthanen, bei Strafe der Confiscation ihres Eigenthums, ins Ausland zu reisen und sich daselbst niederzulassen. Diesem Satze haben wir nichts zu entgegnen, als dass er absolut unwahr ist. Der Ukas, weit entfernt, den Russen das Reisen zu verbieten, erlaubt ihnen, sich nach Belieben auf die Zeit von drei bis fünf Jahren zu entfernen. Noch mehr, er gestattet auch Ausnahmen für diejenigen, welche genöthigt sind, ihren Aufenthalt in einem fremden Lande zu verlängern. Endlich spricht der Ukas in keinem Falle von Confiscirung; will ein Russischer Unterthan sein Vaterland verlassen, zerreist er vorsätzlich alle Bande, die ihn an dasselbe fesseln, so kommen seine unbeweglichen Güter unter Vormundschaft, zum Besten seiner direkten und natürlichen Erben. Hierauf beschränkt sich das Gesetz."— Das Journal de St. Petersbourg geht nun in eine nähere Beleuchtung des Gesetzes ein und bemerkt zuerst, dass es sich nicht auf reisende Russische Unterthanen, sondern nur auf diejenigen beziehe, welche ihr Vaterland verliessen, um sich im Auslande anzusiedeln.

— Nach einem amtlichen Berichte über die Verwaltung der Posten im Jahre 1833 hat sich die Zahl der Post-Stationen, wo die Unterhaltung der Pferde und der Post überhaupt an Privatpersonen überlassen ist, wieder um 17 vermehrt. (An Orten, wo dies nicht der Fall ist, hat nämlich die Einwohnerschaft durch eine ziemlich bedeutende Auflage für den Unterhalt der Posten zu sorgen.) Der Postenlauf von Moskau nach Riga und dem Königreich Polen ist um 5 bis 6 Tage beschleunigt worden. Die Reise von St. Petersburg nach Wilna, die sonst 7 Tage dauerte, wird jetzt in 3½ Tagen zurückgelegt. Nach Orenburg gelangt man, statt bisher in 14, jetzt in 8 Tagen. Eben so wurde der Postenlauf zwischen Odessa und Taganrog um 2½ Tage beschleunigt. Die Korrespondenz aus Paris durch das Königreich Preussen geht hier jetzt in 13 Tagen ein. — Durch die hiesige Stadtpost sind in 10½ Monaten 70,000. Briefe besorgt worden, wofür 13,502 Rubel eingingen und 9350 Rubel an die Briefträger gezahlt wurden.

DIE SPANISCHE SCHULD.

Unsere Zeit hat schon viele Wunder gesehen, aber das stärkste soll noch kommen: die Herstellung der spanischen Finanzen. Die Krankheit ist alt und hat schon manchen Arzt, der sie heilen wollte, überlebt. Schon Philipp II., der Herr der Schätze von Mexiko und Peru, dachte (1596) an einen honetten Bankerot, und war kurz vor seinem Tode so herabgekommen, dass er durch Geistliche, Haus für Haus, Beisteuer für sich einsammeln liess. Schuldenmachen und Sorglosigkeit im Staatshaushalt war wohl nirgends so tief eingewurzelt als in Spanien. Als die Cortes von 1820 zuerst Licht in das Dunkel des Finanzwirrwars zu bringen suchten, ward die ungeheure Summe von *Vierzehn Milliarden* Realen theils verzinslicher, theils zinsloser Schuld ausgemittelt. (*) Auch konnten die Cortes während ihres dreijährigen Wirkens nicht an Abtrag, sondern nur an Reduktion, und, zur Deckung des Defizits der laufenden Einnahme, an neue Anleihen denken. So ist seit 1820 die spanische Staatsschuld besser geordnet, dabei aber bedeutend vermehrt. Der Kranke kennt sein Uebel, sieht es aber täglich zunehmen. Dennoch verzweifelt er nicht am Aufkommen, denn man sagt ihm, wenn er nur gute Diät halte, werde er langsam, jedoch sicher genesen. Einstweilen werden stärkende Palliative angeordnet und tägliche Bulletins über das Befinden des Patienten ausgegeben. Bären und Bullen stellen sich an der Börse ein und erkundigen sich mit rührender Theilnahme, ob die Crise eingetreten und

(*) Nach „Malchus' Statistik" (S. 368) war im Mai 1822 die verzinsliche Staatsschuld Spaniens 6814 Mill. Reale und die unverzinsliche 7205 Mill., welche beide Beträge von den Cortes auf 4834 Mill. Reale reducirt wurden. Von dieser grossen Summe ist nur etwa ¼ als verzinslich in das Budget von 1833 aufgenommen, die übrigen ¾, also 3600 Mill. Reale (900 Mill. Fr.) sind Vales reales, die vorerst gar nicht beachtet werden.

baldige Besserung zu hoffen. Neider verbreiten oft ungünstige Gerüchte und mahlen die Gefahr mit stark aufgetragenen Farben, während gute Freunde, die unmittelbar vom Krankenbette zu kommen vorgeben, nur von einer kleinen Unpässlichkeit wissen wollen, die bei guter *Constitution* nichts zu bedeuten habe.

Wir haben berichtet, wie das «J. d. Debats" in seiner Nummer vom 8. Juli den Inhabern spanischer Schuldbriefe tröstliche Worte zugerufen. Die Absichtlichkeit des Artikels muss den Spekulanten Zweifel an seiner Glaubhaftigkeit eingeflösst haben, denn der Cours der span. 5 pCt. Rente fiel am 9. Juli von $72\frac{1}{2}$ auf $71\frac{1}{2}$. Diess nun hat den «National" veranlasst, den spanischen Finanzen eine ausführliche Beleuchtung zu widmen, die wir unsern Lesern nach ihren wesentlichen Elementen mittheilen wollen.

Der «National" sonst ein erklärter Feind der «rechten Mitte," sieht sich diessmal genöthigt, selbst vor den Extremen zu warnen. Die nächstens zusammentretenden Cortes werden sich zuerst mit dem Dringendsten beschäftigen; und was wäre dringender, als die Ausmittelung und neue Constituirung der Staatsschuld? Spanien muss noch eine Zeitlang vom Credit leben, und der Credit will vor Allem Klarheit und Rechtlichkeit. Also werden die Cortes untersuchen, wie tief die Wunde, und dann, welche heilende Kräfte das Land aufzuweisen hat. Da wird sich nun — meint der «National" — ergeben, dass Spanien zwar kein Eldorado ist, aber doch noch Mittel genug besitzt, um, wenn einmal wieder Ruhe und Ordnung herrschen, seine freilich lästige Finanzbürde anständig tragen zu können.

Zahlen sprechen bei staatsökonomischen Fragen vernehmlicher, als Worte. Stellen wir also Spaniens Mittel und Wege übersichtlich zusammen. Bei den nachstehenden Angaben sind die Realen, weil sie zu schreckhafte Summen geben, in Franken reduzirt. Am 31. Dez. 34 bestand die spanische Schuld in folgenden Beträgen:

1. Fremde Schuld aus der Zeit von 1823 — 1833, einschliesslich des convertirten Theils der Cortesschuld.

Guebhard'sches Anlehn	44	Mill.
Perpetuelle Rente	$227\frac{1}{2}$	«
Schuld an Frankreich	75	«
« « England	15	«
3 pCt. Rente von 1831	$166\frac{2}{3}$	«
Aufgeschobene Schuld	120	«
	$648\frac{1}{6}$	Mill. Franken,

welche jährlich 29,605,000 Fr. Zinsen kosten.

2. National-Schuld . . . 283 M. Fr. mit 18 M. Zin.

Gesammmtbetrag $931\frac{1}{6}$ Mill. mit 47,605,000 Fr. Zinsen. (*)

3. Cortesschuld (noch nicht anerkannt) 400 Mill. Fr.

Spanische Staatsschuld $1331\frac{1}{6}$ Mill. Fr.

(*) Die Amortisationskasse muss überdem noch jährlich mit ohngefähr vier Mill. Fr. dotirt werden für Verwaltungskosten und Provisionen.

Die seit 10 Jahren unbezahlt gebliebenen Zinsen der Cortesschuld machen auch eine namhafte Summe. Der «National" nimmt an, mit den Cortesbons-Inhabern werde man sich billig vertragen, und zu Verzinsung uud Abtrag dürfe ein jährlicher Budgetsansatz von 14 Mill. Fr. hinreichen. Angenommen also, dass eine solche Uebereinkunft zu Stande käme, würde der jährliche Bedarf der Amortisationskasse dermalen 65 bis 66 Mill. Fr. betragen.

Die Staatsausgabe war im Jahr 1833 auf 201 Mill. Fr. angewachsen (worunter 52 Mill. für die Zins- und Schuldentilgung und 98 Mill. für das Kriegsministerium), während die öffentliche Einnahme nur 129 Mill. aufbrachte, so dass sich ein Defizit von 72 Mill. herausstellte. Um diese Summe zu decken, ähnlichen Ausfällen für die Zukunft vorzubeugen, die Zinsen und den Abtrag der Staatsschuld aufzubringen, muss Spanien durch die Cortes ein Normalbudget erhalten, das durch Verminderung der Ausgaben oder Vermehrung der Einnahmen, durch Verkauf von Nationalgütern, oder auf irgend andere Weise die jährlichen Hülfsquellen von 129 auf 215 Mill. Fr. steigern könnte. Diess würde allerdings keine Schwierigkeit haben, wenn es wahr ist, was aus Lissabon gemeldet wird, dass man in Portugal 10 Mill. Pf. Strl. aus dem Kirchen- und Klostergut zu ziehen gedenkt, und wenn man annehmen darf, dass dieses Verhältniss sich auch in Spanien, wo der Klerus noch reicher, bewähren wird.

ZEITUNGS NACHRICHTEN.

Berlin den 7. Juli. Das französische Kabinet fängt endlich, wiewohl zu spät, an einzusehen, wie unklug in den letzten Zeiten seine Politik in den orientalischen Angelegenheiten gewesen ist. Eine Schaar von Intriganten, im Solde des Pascha's von Aegypten, befleissigte sich dessen Lob in Paris zu verkündigen, und die künftige Civilisation des von ihm beherrschten Landes mit den schönsten Farben auszumalen. Den französischen Krämern und Industriellen zeigte man die herrliche Aussicht eines ungeheuern Absatzes ihrer Artikel in dem neugebornen und europäisirten Aegypten, das bereits der Zufluchtsort einer Menge Abenteurer und unruhiger Köpfe unter ihren Landsleuten geworden war die es in ihren Briefen als ein irdisches Paradies schilderten. Die französische Regierung, von diesen Lobsprüchen hingerissen, that nicht nur dem der Pforte trotzenden Pascha Vorschub aller Art, sondern bestärkte ihn auch in seinen Plänen, sich über kurz oder lang vom Sultan unabhängig zu machen. In demselben Sinne und noch stärker fuhr die Regierung Ludwig Philipps fort, den Pascha in seinen Unternehmungen gegen die Pforte zu unterstützen. Erst jetzt fängt das französische Ministerium an, die traurigen Früchte seiner Verblendung zu erkennen. Die vom Erfolge gekrönten Unternehmungen Mehemet Ali's gegen den Sultan haben das osmanische Reich in eine Lage versetzt, welche

dessen baldige Auflösung voraussehen lässt. Aegypten, weit entfernt, unter der Administration des Pascha's civilisirter zu werden, seufzt unter seinem drückenden Joche. Die Franzosen werden dort dem Volke immer mehr verhasst, während der englische Einfluss täglich mehr zunimmt, denn die Engländer kommen nur des Handels wegen nach Aegypten, nicht aber um sich der vorzüglichsten Stellen im Staate zu bemächtigen, und dem Pascha behüfflich zu seyn, das Volk zu unterdrücken. Schwerlich wird die Regierung dieses Despoten nach seinem Tode auf seinen Sohn übergehen. Dann hören gewiss sogleich alle im Lande, auf europäische Art gemachten Einrichtungen auf, die überhaupt den fanatischen Muhamedanern schon verhasst genug sind, und die dabei angestellten Franzosen werden wahrscheinlich genöthigt seyn, das Land zu verlassen. Alle Schritte Frankreichs, die es seit Jahren zu Gunsten des Pascha's gemacht, und wodurch es die künftige Existenz der Pforte untergraben hat, werden dann als völlig fruchtlos erscheinen, und man wird sich überzeugen, dass die Zertrümmerung des türkischen Reichs nicht Russland, das in den letzten Jahren so grosse Mässigung gezeigt hat, wohl aber der schülerhaften Politik Frankreichs und Englsnds zuzuschreiben sey. Diese beiden Mächte, welche seit Jahren Alles aufgeboten haben, die Macht ihres Alliirten, des Sultans, zu schwächen, bemühen sich nun, die ganze Schuld ihres eigenen Vergehens auf Russland zu wälzen. Sie protestiren jetzt gegen jede Verletzung der Integrität des osmanischen Reichs; als ob man ein absichtlich baufällig gemachtes Gebäude durch Protestationen vor dem Einstuze bewahren könnte.

— *Paris d.* 12 *Juli.* Das *Journal des Débats* äussert sich über das Ausscheiden der Lords Grey und Althorp aus dem Englischen Ministerium folgendermassen: «Durch die Abdankung des Chefs des Kabinets, so wie des im Unterhause dirigirenden Ministers ist das ganze Ministerium aufgelöst. Unser aufrichtigstes Bedauern folgt dem grossen Staatsmanne, den der König in den Reihen jener Opposition aufgesucht hatte, die ihn während der gefahrvollsten Krise, welche die Englische Verfassung jemals zu bestehen gehabt hat, lange Zeit zu einem ihrer rühmlichsten und einsichtsvollsten Mitglieder zählte, — einen Minister, der, als er die Last der Reform übernahm, gleich vom ersten Augenblicke an, der Abstellung der Missbräuche eine Gränze setzte, die keine Ungerechtigkeit der Parteien, keine Gewalt der Leidenschaften, kein Hinderniss der Regierung ihn je hat überschreiten lassen. Wir können noch nicht sagen, welcher neue Verdruss, welche neue Inkonsequenz der politischen Parteien, die gegenwärtig das Parlament entzweien, den Lord Grey zu seiner Abdankung bewogen hat. Soviel ist gewiss, dass sein politisches System auf zu unumstössliche Wahrheiten, zu bestimmte Ansichten gegründet war, und dass es zu tiefe Spuren zurückgelassen hat, als dass es seinen Nachfolgern, wer sie auch seyn möchten, erlaubt wäre, dasselbe zu ändern oder zu modifiziren."— Das *Journal de Paris* sagt über denselben Gegenstand: «In Paris sowohl, als in London verliert man sich in Muthmassungen über das Resultat der Auflösung des Englischen Ministeriums. Wir wollen diesem gewagten Unternehmen nicht folgen, sondern zuvor bestimmtere und vollständigere Aufschlüsse abwarten und uns vorläufig darauf beschränken, eine Thatsache hervorzuheben, die Niemand bestreiten wird, nämlich diejenige, dass, welche Folgen auch jenes Ereigniss für die innern Angelegenheiten Englands haben möge, die auswärtige Politik doch keine Aenderung davon zu befürchten hat."— Die *Gazette de France* begnügt sich damit, die Raisonnements der Londoner Blätter über jene Begebenheit zusammenzustellen. — Die *Quotidienne* spricht sich folgendermassen aus: «Nachdem Lord Grey schon mehrmals seine Dimission angeboten hatte, ist sie endlich vom Konige angenommen worden. Dies ist ein Ereigniss, denn es handelt sich nicht bloss von dem Sturze eines Ministeriums, sondern von dem Sturze eines ganzen Systems. Das Ministerium konnte aber auch unmöglich länger am Ruder bleiben, wenn anders nicht England darüber zu Grunde gehen sollte; auch haben wir Lord Grey, so oft er im Oberhause auftrat, jedesmal in solchem Masse hin und her schwanken sehen, dass wir immer geneigt waren, uns zu fragen, weshalb er sich nicht schon längst zurückgezogen habe. Für seinen Sturz lassen sich zwei Gründe angeben: ein allgemeiner und ein gelegentlicher. Was zunächst diesen letzteren betrifft, so ist der Zwiespalt des Lord Grey mit Herrn Stanley und seinen Freunden, sowohl im Kabinette als in beiden Häusern, längst bekannt. Die Zehnten-Frage aber stand in zu enger Berührung mit den positiven Interessen, als dass es darüber nicht hätte zu einem offenen Bruche kommen sollen. Der *allgemeine* Grund ist in den höheren Sphären der Europäischen Politik zu suchen. Es leidet keinen Zweifel und lässt sich durch Beispiele belegen, dass sich die Whig-Partei in England nie hat am Ruder erhalten können. Bis zu der Verwaltung des Lord Grey haben die Whig-Ministerien die öffentlichen Angelegenheiten immer kaum berührt. Fox selbst, mit dem ganzen Glanze seines Ruhmes, konnte sich nur für einen Augenblick behaupten. Hieraus ergiebt sich, dass das Talent nichts zur Sache thut, daher denn auch die Whigs selbst ihre fortwährenden Niederlagen der politischen Verfassung Englands beimassen. Begünstigt durch die letzte Umwälzung in Frankreich glaubte Lord Grey, dass der Augenblick gekommen sey, die Hoffnungen seiner Partei endlich zu verwirklichen: er bewirkte die Reform und änderte dadurch die Verfassung in ihrem wesentlichsten Bestandtheile, nämlich in dem Wahlgesetze; hierauf schritt er zu einer allgemeinen Deputirten-Wahl und glaubte nun, gestützt auf

die Reform und das neue Unterhaus, recht sicher auf seinem Minister-Sessel zu sitzen. Was war die Folge? Kaum hatte man die politische Verfassung geändert, als man es mit der gesellschaftlichen zu thun bekam. Das Staats-Ruder hatte man zwar in Händen; sobald man aber damit steuern wollte, stiess man überall auf Widerstand, so dass der Premier-Minister sich genöthigt sah, auf die Reform eine Revolution folgen zu lassen, England in die traurige Lage zu versetzen, in welche Spanien und Portugal versetzt worden, an das geistliche Eigenthum Hand anzulegen, um sich späterhin an dem weltlichen zu vergreifen, und zuletzt eine Bahn allgemeiner Zerstörung zu betreten, auf welcher der Handel, der Gewerbfleiss und die Wohlfahrt Englands nothwendig zu Grunde gegangen wären. So weit wäre es vielleicht durch den blinden Ehrgeiz des Lord Grey gekommen. Es fragt sich jetzt, wem die Erbschaft des Lord zufallen wird. Dass ein radikaleres Ministerium ans Ruder kommen sollte, wäre von allen möglichen Fällen der unwahrscheinlichere, denn die Hindernisse, die Lord Grey nicht zu besiegen vermochte, würden alsdann nur um so drohender hervortreten. Eben so wenig glauben wir aber, dass Lord Wellington und seine Freunde die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten übernehmen werden. Das Wahrscheinlichste ist der Eintritt des Sir Robert Peel und Herrn Stanley ins Kabinet. Ueber die Folgen, die eine solche Zusammenstellung für das übrige Europa haben könnte, enthalten wir uns vorläufig jedes Urtheils, da wir nicht die doctrinaire Albernheit des Journal des Débats besitzen, das in seinen politischen Gemälden seine Leser von Land zu Land bis nach Klein-Asien führt. So viel scheint uns jedoch erwiesen zu seyn, dass die auswärtige Politik des Palais royal durch den Fall des Lord Grey einen empfindlichen Stoss erlitten hat." — Der *Temps* hält seinerseits wieder die Bildung eines Kabinets, das sich der Tory-Partei mehr naherte, als das Grey'sche, für unmöglich; «denn," sagt jenes Blatt, «ein solches Kabinet würde die Reform nicht fortsetzen wollen, und doch ist diess die Bedingung der Existenz für jedes künftige Ministerium in England, wo schon der *status quo* nicht mehr haltbar ist; denn wollte man das Unterhaus auflösen, so würden die neuen Wahlen nur noch deutlicher die Abneigung des Landes gegen die sogenannte Konservativ-Partei herausstellen." — Der *Constitutionnel* hält, wie das Journal des Débats, dem ausgeschiedenen Premier-Minister eine Lobrede, giebt jedoch kein Urtheil über die Folgen dieses Ereignisses ab, und tröstet sich vorläufig mit dem Gedanken, dass das Englische Ministerium über eine solche Lebensfrage, wie die Irländische, einig geblieben sey, und dass das Unterhaus ihm im Voraus seinen Beistand hierbei zugesagt habe. «Im Uebrigen," so schliesst der Constitutionnel seinen Aufsatz, «macht der Zustand der öffentlichen Meinung die Zusammensetzung eines Tory-Ministeriums rein unmöglich." — Der *National* äussert unter Anderem Folgendes: «Eine Thatsache, die höher steht, als alle sonstigen Folgen jener Begebenheit, ist, dass nach Lord Grey Niemand mehr im Stande ist, das System der richtigen Mitte fortzusetzen, dessen Unhaltbarkeit dieser Minister selbst eingestanden hat. Wenn es daher auch seinem Nachfolger, wer er auch seyn möge, gelingt, die Lösung einiger inneren politischen Fragen noch zu verschieben, so wird er noch nothwendig den äusseren Beziehungen Englands eine entschiedenere Richtung geben müssen; und dies ist für Frankreich das Wichtigste; ihm muss es vor Allem daran liegen, endlich zu erfahren, was es für eine Bewandniss mit jenem Englischen Bündnisse habe, in welchem unser neues Königthum stets eine gewisse Bürgschaft für seine eigene Existenz erblickt hat, das aber eigentlich für beide Länder bisher nur eine doppelte Mystification gewesen ist."

— Die dramatische Censur ist, wie der *Courrier français* berichtet, definitiv wieder hergestellt worden. Die sämmtlichen Direktoren der Pariser Theater wurden vorgestern nach dem Ministerium des Innern berufen, wo ihnen angedeutet ward, dass sie künftig vier Tage vor jeder Aufführung eines neuen Stücks das Manuskript einzureichen hätten, widrigenfalls sie sich den Schaden selbst beimessen müssten, der für sie daraus entstehen würde, dass die Regierung ein bereits in Scene gesetztes Stück untersagte.

— *Rom den 1 Juli.* Wir erwarten, in den nächsten Tagen D. Miguel hier in Rom ankommen zu sehen. Wenigstens liess schon vor einigen Tagen der Marquis v. Lavradio dem hiesigen Geschäftsträger dieses Fürsten anzeigen, dass derselbe im Sinn habe, unverweilt dem heil. Vater einen Besuch zu machen. Er soll unter dem Namen eines Prinzen v. Braganza reisen. Man zweifelt kaum, dass er von Seiten Sr. Heil. einen sehr freundlichen Empfang finden werde. — Die für die hiesigen Verhältnisse so unangenehme Nachricht aus Portugal, das Decret vom 28 Mai, die Aufhebung der Klöster betreffend, erfüllt auch die Freunde D. Pedro's mit Schrecken. Die bisher bewiesene Langmuth des Papstes war einzig den Vorstellungen des französischen Hofes zuzuschreiben, wo man zu glauben schien, man werde in Lissabon den Vorstellungen gegen ein solches Verfahren Gehör geben. Da dieses nun nicht der Fall war, so wird wohl kaum ein andres Mittel übrig bleiben, als dass der heil. Vater den Bann über die Regierung der Königin Maria da Gloria ausspreche. Abgesehen davon, welche Wirkung dieser Schritt haben wird, ist jedenfalls zu besorgen, dass dadurch die Anerkennung der jungen Königin für lange Zeit, sowohl von hier als von den befreundeten Mächten verschoben wird. Die Nachrichten von einigen spanisch-amerikanischen Republiken, namentlich von Mexico, wo die Aufhebung der Klöster ebenfalls angeordnet ist, machten hier weniger Eindruck. Die Ursache dieser scheinbaren Nichttheilnahme beruht wohl darauf, dass man noch hofft, durch Unterhandlungen diesen Schlag abzuwenden. Was Spanien betrifft, scheint sich ein Ausweg finden zu wollen, um die Anerkennung möglich zu machen. Er besteht darin, dass von französischer und besonders von englischer Seite eine Verbindung zwischen der jungen Königin und dem ältesten Sohne von D. Carlos vorgeschlagen seyn soll.

Redacteur Dr. Goldmann.